

# Diplomaten sollen aushalten

## Evakuierungsaufruf Moskaus an westliche Diplomaten in Kiew zurückgewiesen. Auswärtiges Amt fordert deutsche Zivilisten auf, die Ukraine zu verlassen

Von Reinhard Lauterbach

Der offizielle Westen hat die Warnungen Russlands vor »systematischen Luftangriffen« auf Ziele in Kiew demonstrativ ignoriert. US-Außenminister Marco Rubio bot erneut die Vermittlung seines Landes an, um ein Ende der Kampfhandlungen zu erreichen. Die Vertretung der EU in Ukraines Hauptstadt schrieb auf X: »Wir gehen nirgendwohin«, das französische Außenministerium erklärte, man sei russische Drohungen inzwischen gewohnt. Das Auswärtige Amt teilte auf seiner Website mit, die Botschaft in Kiew sei im »eingeschränkten Dienstbetrieb« ohne die Möglichkeit, Einzelpersonen konsularisch zu betreuen. Deutsche Zivilisten forderte das Ministerium jedoch auf, angesichts der Gefahr russischer Luftangriffe die Ukraine möglichst schnell zu verlassen. Eine staatlich organisierte Evakuierung werde es nicht geben.

Damit zeichnet sich ab, in welche Zwangslage Russland angesichts seiner Ankündigung verstärkter Luftangriffe gebracht werden soll: Tatsächlich zu riskieren, dass ausländische Staatsangehörige in Mitleidenschaft gezogen werden – mit eventuellen politischen Konsequenzen und Vergeltungsmaßnahmen. Man muss keine besondere Sympathie für Diplomaten hegen, um festzustellen, dass sie durch diese Linie faktisch zu Geiseln gemacht werden. Aber es soll erkennbar politischer Durchhaltewillen demonstriert werden – keiner scheint der erste sein zu wollen, der seine Vertretung aus Kiew abzieht.

Die angekündigten verstärkten russischen Angriffe hatten bis Dienstag mittag nicht begonnen. Der Beschuss mit Raketen und Drohnen hielt sich nach der Warnung aus Moskau zunächst im Rahmen des Üblichen: Ukrainische Quellen sprachen von etwa 250 Drohnen, die zu 90 Prozent abgeschossen worden seien. Gleichwohl werden die russischen Drohungen in Kiew offenbar ernst genommen. So hielt der frühere ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba diese für so plausibel, dass er in einem Video auf seinem Youtube-Kanal allen »nervlich angespannten« Bewohnern von Kiew dazu riet, die Stadt vorübergehend zu verlassen. Wer dableibe, solle sich psychisch auf den Anblick größerer Zerstörungen vorbereiten. Der US-Propagandasender *Radio Liberty* veröffentlichte in seinem russischen Dienst eine Reportage aus dem frontnahen Kramatorsk. Darin heißt es, entlang der Ausfallstraßen nach Osten und Süden würden Betonhindernisse vorbereitet, und die patriotischen Denkmäler würden in Sicherheit gebracht. Dasjenige für die Helfer nach dem Unglück von Tschernobyl sei jedoch noch nicht entfernt worden.

Bewohner berichteten im ukrainischen Fernsehen von praktisch pausenlosem Beschuss; auch Einschläge im etwa 25 Kilometer entfernten Slowjansk seien bis nach Kramatorsk zu hören gewesen, die Erde habe gezittert. Immer mehr Geschäfte würden schließen, zumal auch die Kunden wegblieben. Ausnahmen sind diejenigen, die Beruhigungsmittel für Menschen und Haustiere brauchen. Aus der in der Südukraine gelegenen Stadt Marganez am Dnipro ging ein Onlinehilferuf einer jungen Frau ins Netz, worin sie berichtete, dass die staatliche Daseinsvorsorge für die verbliebenen Bewohner zum Erliegen gekommen sei.

Um Odessa lassen die ukrainischen Behörden jetzt offenbar beschleunigt Panzergräben anlegen und Drahthindernisse aufbauen. Die regionale Militärverwaltung dementierte aber, dass mit einem russischen Vorstoß auf die Stadt zu rechnen sei. Die Baumaßnahmen dienten dazu, einer solchen Entwicklung »vorzubeugen«. Das englischsprachige Portal *Kyiv Independent* berichtete über hektische Beratungen im Kreise der Regierung, welche Behörden im Fall verstärkter russischer Bombardements wohin evakuiert werden sollten. Die oberste Führung von Staat und Armee bereite sich aber darauf vor, in die bereits zu sowjetischen Zeiten errichteten teils mehrstöckigen Bunkeranlagen unter den Gebäuden der Ministerien umzuziehen.

Gleichwohl hält der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij an seinem Konfrontationskurs gegenüber Belarus fest. Er wies ein Angebot des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko für ein bilaterales Gespräch »zur Klärung der laufenden Probleme« zurück und ließ statt dessen die nach den Unruhen von 2020 schon fast in Vergessenheit geratene belarussische »Oppositionsführerin« Swetlana Tichanowskaja in Kiew offiziell empfangen. Selenskij behauptet entgegen anderer Einschätzungen seines Militärs und Geheimdienstes, dass Russland und eventuell auch Belarus wie bereits 2022 einen Angriff auf Kiew von Norden aus planen. In diesem Zusammenhang wurde im westukrainischen Gebiet Wolynien die Bevölkerung mehrerer grenznaher Dörfer ins Landesinnere evakuiert, und auch hier begann die Armee damit, Stacheldrahtverhaue aufzubauen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523221.ukraine-krieg-diplomaten-sollen-aushalten.html>